

Überreter Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überreter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeitungsblätter oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., anderwärtsige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 296.

Montag, den 18. Dezember 1916.

23. Jahrg.

Förderung der Lebensmittelproduktion.

Von R. Schmidt.

Der zunehmende Mangel an Nahrungsmitteln und das Schwanken in den Ernteergebnissen unserer Inlandsproduktion nötigt uns, eingehender, als es bisher geschehen ist, zu prüfen, wie unsere Nahrungsmittelproduktion gesteigert werden kann. Die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion wird für unsere Volksernährung geradezu entscheidend. Es muß untersucht werden, in welchem Maße durch Bereitstellung künstlicher Düngemittel, genossenschaftliche Ausnützung maschineller Hilfsmittel, Erleichterung in bezug von Futtermitteln und Saat, Dienstbarmachung der Gefangenen für landwirtschaftliche Arbeiten, Regelung des Anbaues und Bewirtschaftung aller brachliegenden Flächen die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft erhöht werden kann.

Von großer Bedeutung ist der Einfluß auf den Anbau der Fruchtarten. Trotz aller Abneigung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegen den Zwang in der Erzeugung und Verteilung der Waren kommen wir zu immer härteren Eingriffen in das ganze Produktionsgebiet. Die Industrie steht vor neuen Einschränkungen der schwersten Art, der Handel hat seine Freiheit längst aufgeben müssen, nur die Landwirtschaft hat sich bisher sehr energisch jeder Zwangsmaßnahme widersetzt. Der Leiter des Kriegsernährungsamtes hat erst vor kurzem im Reichstag seine Abneigung gegen die Versuche, eine Ordnung des Anbaues vorzunehmen, ausgesprochen, und er hat dafür weitestgehende Zustimmung erlangt. Dennoch werden einige Beispiele zeigen, daß sich auch in der Landwirtschaft Schwierigkeiten aufstürmen, die ohne Zwang nicht zu beseitigen sind. Wir wollen uns vorläufig den Zwang nicht so vorstellen, daß jedem Landwirt vorgegeschrieben wird, welchen Anbau er betreiben soll. Aber die uneingeschränkte freie Verfügung kann im Interesse unserer Volksernährung nicht mehr aufrechterhalten werden, wollen wir nicht für das nächste Jahr die Situation erheblich verschärfen.

Tatsächlich ist auch bereits nach einer Richtung hin die uneingeschränkte Verwendung des ländlichen Besitzes unterbunden. Die Verordnung vom 31. März 1915 heißt vor, daß derjenige, der sein Land nicht bebaut oder bebauen kann, dazu angehalten wird oder die Bewirtschaftung anderen überlassen muß. Sehr energisch ist die Verordnung nicht durchgeführt, denn es sind Ländereien unbenutzt liegen geblieben. Auch die nichtbebauten Grundstücksflächen in der Nähe großer Städte könnten mehr als bisher für den Anbau von Kartoffeln und Gemüse bereitgestellt werden. Es fehlt immer noch eine vollständige Erschließung brachliegender Ländereien. Wir brauchen jedes Stück Land, um die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern.

Wir dürfen im kommenden Jahr den Anbau von Produkten, die nicht der Ernährung von Menschen und Tieren dienen, nur im Ausnahmefall zulassen. Es ist ganz unvermeidbar mit den Bedürfnissen für unsere Volksernährung, wenn die Ausbeutung der Anbaufläche für Tabak zunimmt. Der Anbau des Tabaks ist in Deutschland von 9015 Hektar auf 12 705 Hektar im Jahre 1916 gestiegen. Die enorm hohe Preislage hat den Anbau in dieser ungesunden Weise begünstigt; dieser vermehrte Anbau muß in seiner weiteren Steigerung unterdrückt werden. Es liegt aber auch nahe, eine Einschränkung des Tabakanbaues vorzunehmen. Eine solche Anforderung muß im Interesse der Volksernährung durchgeführt werden, es gehen keine anderen Wege, das Ziel der Nahrungsmittelsicherung erreichen zu können.

Wir haben in Deutschland große Ländereien, auf denen Blumen anzupflanzen wird. In unserer ersten Zeit muß die Anpflanzung von Blumen gegenüber der von Nahrungsmitteln zurücktreten. Da aber auch hier ein freiwilliger Uebertritt zum Anbau von Gemüse — dazu werden sich diese Ländereien wohl zunächst eignen — nicht möglich ist, muß diese Umwandlung dekretiert werden. Der Mangel an Betten legt uns die Verpflichtung auf, daß für den Anbau von Selbstfrüchten mehr getan wird.

Am übelsten sieht es mit der Zuckerverzehrung aus. Hier machen die Interessenten Propaganda für eine Erhöhung des Rohzuckerpreises von 15 auf 25 Mk. pro Zentner, für eine Steigerung des Verbrauchszuckers von 26,25 Mk. auf 38,25 Mk. pro Zentner. Nur mit diesen Erhöhungen der Zuckerverzehrung glaubt man den Anreiz für erhöhten Rübenanbau zu geben. Zucker ist für unsere Ernährung heute wichtiger denn je. Wir dürfen deshalb die Produktion nicht auf die unsichere Basis der Preis speculation stellen. Schon gegenwärtig besteht ein Zwang zum Anbau für die Landwirte, die sich gegenüber der Zuckerrübe kontractlich verpflichten, ein bestimmtes Areal mit Zuckerrüben zu bebauen. Diese Verpflichtung kann auf die übrigen, die diesen Anbau betreiben, ausgedehnt werden. Dafür biete man den Interessenten einige Begünstigungen: man gewähre ihnen eine größere Menge stickstoffhaltiger Düngemittel und gestatte, daß die Rübenknäuel für die Viehhaltung dieser

landwirtschaftlichen Betriebe in einem größeren Anteil zurückergeben werden, als es bisher durch die Bundesratsverordnung möglich war.

Wie wenig Verständnis in den Kreisen der Zuckerindustrie für den Ernst unserer Ernährungsschwierigkeiten vorhanden ist, läßt sich unter anderem daraus entnehmen, daß man für die Zuckerraffinerien einen Aufschlag von 6 Mk. pro Zentner beansprucht für die Bearbeitung des Rohzuckers, während zu Friedenszeiten 2 Mk. berechnet wurden. Das Unerhörte eines solchen Anspruches wird uns besonders klar, wenn wir berücksichtigen, daß die Gewinne dieser Fabriken, von denen einige heute bis 30 Prozent Dividende

und darüber zahlen, um das Dreifache gestiegen sind.

Das Kriegsernährungsamt begeht einen schweren Fehler, wenn es die landwirtschaftliche Produktion durch den Anreiz hoher Preiseregeln will: es wird die Gefahren, die unserer Volksernährung drohen, nur beseitigen, wenn ohne Rücksicht auf alte Vorurteile energisch zugegriffen wird. Es ist keine Zeit zu verlieren, diese Eingriffe zu unternehmen, die das einzige Mittel sind, uns zu einer besseren Verwertung der landwirtschaftlichen Kräfte und des Grund und Bodens hinzuführen.

Sintende Hoffnung?

In weiteren Kreisen der Bevölkerung war die nicht ganz unbegründete Vermutung aufgetaucht, Rußlands Regierung werde sich dem Angebot der Mittelmächte etwas freundlicher gegenüberstellen als vielleicht die französische oder gar die englische Regierung. Diese Auffassung war eine irrtümliche, wie aus einer Rede des neuernannten Ministers des Äußeren, Kokrowsky, in der Duma hervorgeht. Er führte aus:

„Ich wende mich gleich nach meiner Ernennung zum Minister des Äußeren an Sie. Natürlich bin ich nicht in der Lage, Ihnen einen bis ins einzelne gehenden Bericht über die gegenwärtige politische Lage zu geben. Ich fühle mich aber verpflichtet, Sie ungenügend von der allerhöchsten Zustimmung Seiner Kaiserlichen Majestät und der Haltung der Regierung gegenüber dem Ansuchen (!) unserer Feinde zu unterrichten, das Sie gestern durch die Telegramme der Agenturen kennen lernten. Die Friedensworte, die von einer Partei kommen, worauf die ganze Last der Verantwortung für den von ihr entfachten Weltbrand zurückfällt, der feinesgleichen in den Annalen der Geschichte sucht, waren trotz ihrer Ungewöhnlichkeit keine Ueberrassungen für die Mittierten. Während der 2½-jährigen Kriegsdauer sprach Deutschland mehr als einmal vom Frieden. Es sprach davon zu seinen Heeren und zu seiner Bevölkerung jedesmal, wenn es ein militärisches Unternehmen ging, das eine Entscheidung darstellen sollte. Nach jedem auf in die Augen fallende Wirkung berechneten militärischen Erfolg suchte es einen Sonderfrieden anzubieten, bald nach der einen, bald nach der anderen Seite. Es arbeitete in diesem Sinne lebhaft in der Presse der neutralen Länder. Alle diese deutschen Versuche stießen sich an dem Widerstand und der entschlossenen Ruhe der alliierten Mächte. Nachdem es jetzt eines besseren über die Möglichkeit belehrt wurde, eine Breishe in unsere unerlöschliche Allianz zu schicken, machte Deutschland den offiziellen Vorschlag, Friedensverhandlungen einzuleiten. Um diesen Vorschlag zu würdigen, muß man sowohl den Inhalt, wie die Umstände berücksichtigen, unter denen er gemacht wurde.“

Im wesentlichen enthält der deutsche Vorschlag keine tatsächlichen Angaben über das Wesen des Friedens, von dem die Rede ist. Er wiederholt die veraltete Legende von dem den Mittelmächten aufgedrungenen Krieg. Er verzeichnet die Sieghaftigkeit der österreichisch-deutschen Heere und die Unwidertätlichkeit ihrer Verteidigung. Dann schlugen die Mittelmächte die Einleitung von Friedensverhandlungen vor und brüden dabei die Ueberzeugung aus, daß das von ihnen zu machende Anerbieten Gerechtigkeit, Ehre und freie Entwicklung „ihrer“ Völker gewährleisten und die Grundlage eines dauerhaften Friedens bilden werden. (Der französische Text der aus Kopenhagen übermittelten Depesche ist an dieser Stelle verkümmert.) Das ist der ganze Inhalt der Mitteilung, ausgenommen die Botschaft, daß der Krieg im Falle einer Ablehnung bis zum feierlichen Ende weitergeführt und auf uns und unsere Alliierten die Verantwortung für ein weiteres Blutvergießen abgewälzt werden solle.

Unter welchen Umständen wird der deutsche Vorschlag gemacht? Die feindlichen Heere haben Belgien, Serbien, Montenegro, einen Teil Frankreichs, Rußlands und Rumaniens vernichtet (?) und befehlt, die Deutschen und Österreicher haben soeben die schmerzliche Unabhängigkeit eines Teiles von Polen vernichtet und versuchen damit, Hand auf die ganze polnische Nation zu legen. Wer kann also aus solchen Verhältnissen bei Beginn der Vorbereitungen des Friedens Schritte werden noch klarer, wenn man den inneren Zustand bei unseren Feinden in Betracht zieht. Abgesehen von dem ungeschicklichen Versuch der Deutschen, die Bevölkerung Russlands zu zwingen, die Waffen gegen ihr eigenes Vaterland zu ergreifen, genügt es, den allgemeinen Arbeitszwang, der in Deutschland eingeführt wurde, zu erwähnen, um zu verstehen, wie hart die Lage des Feindes ist. Zu versuchen, im letzten Augenblick aus ihren augenblicklichen Gebietsverletzungen Vorteil zu ziehen, ehe sich ihre innere Schwäche offenbart, — das ist der wahre Sinn des deutschen Schrittes. Im Falle des Mißlingens wird der Feind die Weigerung der Mittierten, den Frieden anzunehmen, im Innern dazu benutzen, die sinkende Moral seiner Bevölkerung wieder zu stärken.

Aber es besteht noch ein anderer Zweck bei diesem Schritte. In der Unfähigkeit, den wahren Geist, der Rußland befehlt, zu verstehen, setzen sich unsere Feinde vergeblich die Hoffnung in den

Kopf, daß sich bei uns so zaghafte Leute befinden, daß sie sich, wenn es auch nur für einen Moment, durch ihre lägenhaften Vorschläge täuschen lassen. Das wird nicht der Fall sein. Der Glaube Rußlands wird nicht wanken, das Gegenteil, um so enger wird sich ganz Rußland um seinen ehrwürdigen Herrscher scharen, der seit Kriegesbeginn erklärt hat, daß Rußland „nicht Frieden machen werde, bis der letzte feindliche Soldat unser Land verlassen hat“. Mit um so größerer Energie wird die russische Regierung nach der Erreichung der von Ihnen am Tage der Wiederaufnahme Ihrer verübenden Ziele streben und ganz besonders nach der allgemeinen Mitarbeit, die das einzige Mittel darstellt, das Ziel zu erreichen, das uns allen am Herzen liegt: Die Vernichtung des Feindes. Die russische Regierung weiß schon den Gedanken ab, jetzt den Kampf zu unterbrechen und dadurch Deutschland zu erlauben, die letzte Möglichkeit, die sich ihm bietet, Europa seiner Führung zu unterwerfen, auszunutzen, mit Entrüstung zurück. Alle die unzähligen erlittenen Opfer würden umsonst sein, wenn man mit dem Feinde, dessen Kräfte zwar geschwächt, aber nicht gebrochen sind, und er unter dem Vorwand eines dauerhaften Friedens Ausschub sucht, einen vorzeitigen Frieden schließen würde. In diesem unerlöschlichen Entschluß befinden sich Rußland in völliger Uebereinstimmung mit allen tapferen Alliierten. Wir sind alle in gleicher Weise von der vitalen Notwendigkeit durchdrungen, den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen, und wir werden uns von diesem Wege durch kein Manöver des Feindes abbringen lassen.“

Nach der Rede Kokrowskys, deren wichtigste Stellen mit langanhaltendem Beifall begrüßt wurden, beantragte der Abgeordnete Schidlowsky namens des Dumablocks den Uebergang zur Tagesordnung mit folgendem Beschlus Antrag:

Nachdem die Reichsduma die Ausführungen des Ministers des Äußeren angehört, beschließt sie einstimmig der kategorischen Ablehnung der alliierten Regierungen, unter den jetzigen Verhältnissen sich in irgendwelche Friedensverhandlungen einzulassen, an. Sie spricht es als ihre Anschauung aus, daß der deutsche Vorschlag ein neuer Beweis für die Schwächung des Feindes und nur ein heuchlerischer Akt ist, der in Wirklichkeit mit keinem Erfolge rechnen, sondern die Verantwortung für den Kriegsbeginn und seine Fortsetzung auf andere abwälzen versucht, um sich selbst in den Augen der öffentlichen Meinung Deutschlands vor der Schuld zu befreien. Die Duma meint, daß ein übereilter Frieden nicht nur eine kurze Ruhe bringen, sondern auch die Gefahr eines neuen blutigen Krieges und neue peinliche Opfer mit sich führen würde, und sie glaubt, daß ein dauernder Frieden nur möglich ist nach einem vollständigen Sieg über die militärische Macht des Feindes und nachdem Deutschland endgültig seine Bestrebungen aufgegeben hat, die es zum Urheber des Weltkrieges und der von ihm begleiteten Schrecken gemacht hat.

Dumapäsident Rodzianko empfahl in einer längeren Rede, in der er sich ebenfalls entschieden für die Zurückweisung der deutschen Friedensvorschläge aussprach, die Annahme der Tagesordnung Schidlowskys.

Die Duma nahm hierauf einstimmig den Antrag Schidlowskys auf Uebergang zur Tagesordnung an.

Wohin man also blickt, allgemein scharfe Abweisung der von den Mittelmächten dargebotenen Friedenshand. Kann man nach diesen Vorgängen noch hoffen, daß das Vorgehen der Mittelmächte uns doch auf dem Wege zum Frieden einen wesentlichen Schritt näher bringt? Wir bejahen die Frage, weil wir meinen, daß in den Ententeländern der ersten Aufwallung bereits die ruhige Ueberlegung gefolgt ist. Bestimmt werden wir in dieser Auffassung durch eine Reihe von uns gezogenen Schlusfolgerungen berechtigen.

Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet aus dem Haag die Aussichten bessern sich. Londoner Berichte verstärken den Eindruck, daß die Antwort der Ententemächte weitere Besprechungen ermöglichen wird.

Das „Journal de Geneve“ schreibt an hervorragender Stelle: Man meldet uns aus gutunterrichteter Quelle, daß

Deutschland, als es seine Friedensvorläge machte, nicht einen deutschen Frieden hat diktieren wollen; es sollte im Gegenteil wünschen, eine Lösung zu finden, die beide Parteien befriedigt.

In den Blättern der äußersten Linken in Frankreich ist zu erkennen, daß die Note auf die Arbeiterkraft in Frankreich beträchtlichen Eindruck gemacht hat. Renaudel schreibt in der „Humanité“: „Die deutsche Friedensnote sei ein diplomatischer Sieg. Es sei zu behaupten, daß die alliierten Regierungen noch immer nicht ihre Friedensbedingungen bekanntgegeben hätten. Es sei eine große Schwäche, daß sie sich es hätten entgehen lassen, als die Regierungen des zukünftigen Friedens zu erscheinen. Es sei aber noch immer nicht zu spät, Versäumtes nachzuholen.“

Nach einer Meldung aus Lugano darf als feststehend angesehen werden, daß in Italien die politischen Parteien, so bitter es ihnen antommen mag, sich für das Eintreten in die Friedensverhandlungen entscheiden werden. Selbst die ärgsten Kriegsgegner, wie die Reformsozialisten, Radikalen und Republikaner, wagen es nicht mehr, der allgemeinen Strömung zugunsten der Verhandlung grundsätzlich entgegenzutreten; sie suchen nur ihrer neuen Haltung vor den ihnen verhassten Massen eine Form zu geben, die sie vor dem Zorn retten soll. Bezeichnend ist die von den Reformsozialisten, der Partei des Ministers Bisolati in der Kammer eingebrachte Tagesordnung, die folgendermaßen lautet:

„Die Kammer vertritt darauf, daß die Regierung, indem sie in völliger Übereinstimmung mit den Verbündeten auftritt, die Friedensbedingungen des Feindes, falls sie vorgelegt werden und so weit sie den Grundfragen der Unversehrtheit und der Sicherheit der Nationalität und der Unabhängigkeit der Völker entsprechen, die die Ursache und den wesentlichen desensiven Zweck unserer Beteiligung am europäischen Kriege darstellen, zu diskutieren, die Kriegs- und Zivilorganisation des Landes nicht nur nicht verlangsamen, sondern kräftig fördern und gegen eine vorzeitige und übertriebene Hoffnung auf den Abschluß eines von allen menschlich und patriotisch fühlenden erhabenen Friedens vorbereiten wird.“

Die Turiner „Stampa“ erzählt aus Rom, daß die Regierung wahrscheinlich die Tagesordnung der Reformsozialisten zur Friedensfrage annehmen wird.

Auf einem großen Gewerkschaftstreffen in London hat nach Reuters — Freitagabend das Mitglied des Kriegsrats Henderson über den deutschen Friedensvorschlag gesagt: Das friedliebende britische Volk sei begierig, die volle Bedeutung dieses Vorschlags kennen zu lernen; aber man müsse bedenken, daß sie von einer Macht kämen, die im August 1914 das schändliche Angebot gemacht habe, daß England Frankreich verraten und per Vergewaltigung Belgiens ruhig zusehen solle. Die Vorschläge müßten deshalb jetzt unter Berücksichtigung der Pflichten Englands gegen seine Verbündeten, die sich alle feierlich verpflichtet hätten, keinen Sonderfrieden zu schließen, geprüft werden. Wenn diesen höchsten Grundsätzen, sei das britische Volk jetzt ebenso bereit, einen gerechten, dauernden Frieden anzunehmen, wie im August 1914. Es sei aber von größter Wichtigkeit, daß jeder Friedensvorschlag an den Grundfragen geprüft werde, bereite England den Krieg aufgenommen habe und fortsetze, die kleinen Nationen vor Angriffen mächtiger Nachbarn zu schützen, den Glauben an Verträge zu bewahren (Hat Henderson bei diesen Worten wohl Griechenland im Auge gehabt? Red.), Frankreich vor preußischen Heberfällen zu verteidigen und für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Diese Ziele müßten erreicht sein, ehe England die Waffen niederlege. Entschädigungen für die Verlegenheit genügen nicht, wenn nicht auch Bürgschaften für die Zukunft geboten werden, und diese wieder genügen nicht, wenn Belgien, Serbien und Polen nicht für alle ihre Leiden vollständig entschädigt würden. Wenn die jetzigen Friedensvorschläge Deutschlands nur ein Wort wären, wenn es nur einen Kampfmittelstand auf einen neuen Angriff wüchse, dann müßten wir das mit Energie zurückweisen. Wir müssen dann nicht nur unsere Armee und Flotte aufbieten, sondern alle Männer und Frauen des Landes, und trotz aller Leiden und Gefahren in unserer Überzeugung davon unerschütterlich bleiben, daß ein gerechter Frieden nur durch Opfer gekostet werden kann. In diesem Geiste gehen wir an unsere Arbeit für die restliche Periode des Krieges, möge sie kurz oder lang sein.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ bemerkt zu der Rede Hendersons: Die Worte des englischen Ministers Henderson geben Hoffnung und Vertrauen, daß die Antwort des Viererverbandes auf die deutschen Friedensvorschläge nicht ohne weiteres eine ablehnende sein wird.

„News von den Dags“ meint, es sei für jemand, der diese Worte des britischen Ministers lese, fast nicht anzunehmen, daß eine direkte Ablehnung des deutschen Vorschlages durch die englische Regierung vorbereitet werde. Eine diplomatische und taktische Antwort, welche den Weg nicht vollkommen abschneide, sei vorläufig das Wahrscheinlichste.

Obwohl Präsident Wilson schweigt, erzählen seine politischen Freunde, daß die Zeit für die Erörterung des Friedens reif sei. In der Liga zur Förderung des Friedens sagte Senator Stone: Amerikas Verhalten soll nicht das einer unbefugten Einmischung sein, sondern das eines Landes, das durch den Krieg gelitten habe, und daher berechtigterweise dahin wirken, daß die Kriegführenden in eine Erörterung des Friedensvorschlages eintraten.

In Weizen habe in Washington wird amtlich erklärt, daß die Unionstaaten nicht beabsichtigen, den Friedensvorschlägen der Mittelmächte, wenn sie weiter geleitet werden, irgendwelche Nachteile beizulegen, und daß noch nicht entschieden ist, was für Schritte später unternommen werden sollen.

Aus dem Haag, 16. Dezember berichtet die „Frankfurter Zeitung“: „Daily Telegraph“ meldet aus Reuters: Graf Bernstorff (der deutsche Botschafter in Amerika, Red.) sagte einem Redakteur der „New York Sun“: Die Meinung der deutschen Regierung sei, daß, wenn die Entente nicht nach heraus verweigert über den Frieden zu sprechen, gegen Mitte Januar eine Konferenz in Haag stattfinden könne. Bernstorff lehnte die Annahmefähigkeit darauf, daß das Friedensangebot keine Friedensbedingungen enthalte und daß es deshalb der Entente den Weg offen lasse, um über den Frieden auf Grund der von der Entente gegebenen Bedingungen zu reden. Deutschland erwarte einen energiegelbten Entschluß und würde sie nicht als Hindernis betrachten. Der nächste Schritt wäre einfach der, einen Ort zu bestimmen, wo die Vertreter der Kriegführenden wieder sich treffen könnten.

Kreier meldet aus London: Graf Bernstorff hat das amerikanische Publikum nur wenig über die Gründe unterrichtet, die Deutschland bewegen hätten, im gegenwärtigen Augenblick Friedensvorschläge zu machen. Deutschland meint, alle friedliebenden Parteien zusammen-

zubringen in der Hoffnung, daß ein freier Gedankenaustausch über die Ursachen des Krieges und die Prinzipien, für die die kämpfenden Parteien streiten, erfolge.

Weiter erklärte Bernstorff: Deutschland meine nicht, daß die Verbündeten sich von vornherein verständigten, die Bedingungen anzunehmen, die Deutschland eventuell vorlege, und daß keineswegs feststehe, daß Deutschland Gegenanträge zurückweisen würde.

Vom Tage.

Die beiden letzten deutschen Tagesberichte melden am 15. Dezember der Maas einen Erfolg der Franzosen. Mit starken Kräften sind letztere in einer Ausdehnung von 10 Kilometern nördlich von Verdun vorgestoßen und haben die Linie Louvemont—Bezonvaux erreicht, Zweifellos handelt es sich hier nur um einen taktischen Erfolg der Franzosen, der strategisch kaum allzu sehr ins Gewicht fällt. Immerhin aber ist nicht zu verkennen, daß dieser Erfolg die Gegner wieder aufmuntern und in ihnen Hoffnungen erwecken wird, die ihnen jede Fühle Ueberlegung raubt. Und das ist bedauerlich. — In Rumänien sind weitere erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen.

Die Entente hat gegenüber Griechenland einen neuen Gewaltakt unternommen, dem sich nach einer Neutermeldung die griechische Regierung gefügt hat; sie erkennt immer mehr, daß bei den Alliierten, die angeblich doch die Rechte der kleinen Nationen schützen wollen, Macht vor Recht geht.

Die Tatsachen sind folgende: Am Freitag wurde in Athen eine beschriftete Note der Alliierten folgenden Wortlauts überreicht:

Auf Anweisung ihrer Regierungen haben die Gesandten Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und Rußlands die Ehre, folgendes der griechischen Regierung zur Kenntnis zu bringen: Die jüngsten Ereignisse in Athen beweisen klar, daß weder der griechische König, noch die griechische Regierung im Besitze genügender Autorität über die griechische Armee sind, um zu verhindern, daß diese zur Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Armeen der Alliierten in Mazedonien werde. Unter diesen Umständen sehen sich die alliierten Regierungen gezwungen, um ihre Streitkräfte vor einem Angriff zu sichern, die sofortige Ausföhrung der Verschiebung der Truppen und des Kriegsmaterials zu verlangen, die in der beigefügten technischen Note bezeichnet sind. Diese Verschiebungen müssen innerhalb 24 Stunden beginnen und so schnell wie möglich durchgeführt werden. Außerdem wird jede Bewegung von Truppen und Kriegsmaterial nach dem Norden verhindert werden. Falls die griechische Regierung sich diesen beiden Forderungen nicht unterwerfen sollte, so sind die Alliierten der Ansicht, daß eine solche Haltung einen feindseligen Akt gegen sie darstellen würde. Unterzeichnete haben Befehl erhalten, mit dem Personal ihrer Gesandtschaften Griechenland zu verlassen, wenn sie nicht bei Ablauf einer Frist von 24 Stunden, von der Uebergabe dieser Mitteilung an gerechnet, eine vollständige und glatte Annahme seitens der königlichen Regierung erhalten haben.

Die Blockade der griechischen Küsten wird so lange aufrecht erhalten werden, bis die griechische Regierung vollkommene Genugtuung für die kürzlichen Angriffe geleistet hat, die ohne Herausforderung von griechischen Streitkräften gegen die alliierten Truppen in Athen unternommen wurden, bis genügende Bürgschaften für die Zukunft gegeben sind.

In einem Anhang werden alle technischen genauen Angaben über die Räumung Nordgriechenlands durch die griechischen Truppen gemacht.

Das heißt, die griechischen Truppen und ihr Kriegsmaterial sollen aus jenen Gegenden zurückgezogen werden, wo sie außerhalb des Bereichs der Ententemächte wären, und sie sollen dorthin ziehen, wo sie jeden Augenblick unter das Feuer der Schiffsgeschütze genommen werden können, nach dem Peloponnes. Also: Uebergabe auf Gnade oder Ungnade!

Wie schon oben erwähnt, hat die griechische Regierung sich dem Verlangen der Alliierten unterworfen. In der Note, in der Griechenland die Forderungen der Alliierten annimmt, schlägt es wegen der Ereignisse vom 1. Dezember eine schiedsgerichtliche Entscheidung vor. Die Regierung erwartet, daß die Mächte die Fortsetzung der Blockade einstellen werden, da sie den Verkehr unterbindet und auf die öffentliche Meinung Eindruck mache. Schließlich spricht die Note den Wunsch der Regierung und des Volkes nach Wiederaufnahme der traditionellen ausgezeichneten Beziehungen mit der Entente auf Grundlage gegenseitigen Vertrauens aus. — Das letztere klingt wie bitterer Hohn des armen, geknechteten Volkes.

Was aber sagen die Neutralen und insbesondere Herr Wilson, der sich doch angeblich der Wahrung des Völkerrechts so warm annimmt, hierzu? Nichts! Hier handelt es sich in auch um Maßnahmen der Alliierten und nicht der Mittelmächte.

Joffre, der seines Postens als französischer Oberbefehlshaber entlassen ist und dem neuen Kriegsrat als militärischer Berater beigeordnet ist, will auf seinem neuen Posten nur kurze Zeit verbleiben und sich dann ganz zurückziehen. Nebenbei ist er zu der Einsicht gekommen, daß sein neuer Posten nur als ein Plaster auf die schmerzende Wunde der Enthebung des Postens als Oberbefehlshaber zu betrachten ist.

Wie wir vorausgesetzt haben, will sich die französische Kammer nicht so ohne weiteres von der Entscheidung über alle wichtigen Angelegenheiten ausstaffen lassen, wie es der Plan des Diktators Briand war. Die von letzterem verlangte Ermächtigung, fortan alle wichtigen Angelegenheiten im Wege von Regierungsbefreien zu regeln, führte in der Kammerabstimmung zu überaus erregten Zwischenfällen; es kam auch zu Drohungen. Bei einer Teilabstimmung darüber, ob der Ausschuss, der sich mit jener Regierungsforderung befassen soll, aus den Kammergruppen oder aus den Kammerbüros, die Vertreter aller Parteien in sich schließen, zu wählen sei, vereinigten sich auf die Regierung nur 248 gegen 245 Stimmen.

Briands Ministerpräsidentenstuhl ist also bedenklich ins Wanken geraten. Das ging auch mit aller Deutlichkeit aus der Debatte hervor, die sich seinen Worten über den Friedensvorschlag der Mittelmächte anschloß. Die verschiedensten Redner zogen Hatz gegen Briand zu Felde; fast alle verlangten keinen Rücktritt, da er nicht imstande sei, dem Lande den Sieg zu bringen. Briand wird nun wohl bald sein Vandel schänden müssen. — Aus der Debatte haben wir noch hervor, daß der jetztige Abg. Mitrail zum Friedensvertrag der Mittelmächte anführte: „Wir verlangen, daß wir hinsichtlich der Verrätnisse der Alliierten über die deutsche Friedensnote nicht in Unkenntnis gehalten werden. Wir wollen nicht eines Tages vor ein fait accompli gestellt werden. Wir verlangen, daß die französische Regierung ihre Absichten bekannt gebe.“

Auch in Italien kriecht es bedenklich. Die Turiner „Stampa“ folgert aus den scharfen Angriffen des Abgeordneten Tassa in der Kammer gegen das Kabinett, daß ein Ansturm auf das Kabinett geplant ist, dem sich insbesondere die bisherigen ministeriellen Sozialisten anschließen werden. Man fordert eine Verjüngung des Kabinetts, und sogar die Mehrheitsparteien sollen sich auf einen Sturz der Regierung vorbereiten; allem Anschein nach würden sie die Einsetzung einer Art Direktoriums bevorzugen. — Daß das Ministerium Bissolati sich nicht allzu lange halten werde, war vorauszusehen.

In der russischen Duma kam es zu einem offenen Konflikt zwischen dem Dumablok und dem neuen Ministerium. In einem Wortduell zwischen Trepow und Miljukow zeigte der Dumablok öffentlich seine Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Kabinett. Miljukow sprach mit aller Offenheit die vorherrschende Ansicht aus, daß Trepow als Ministerpräsident nur ein Strohmännchen gewisser hinter der Kulisse wirkender Kreise und daß der eigentliche Ministerpräsident Protopopow sei. Die Duma könne einem derartig konstruierten Kabinett nicht das volle Vertrauen entgegenbringen und müsse darauf bestehen, daß der Minister des Innern Protopopow seinen Ministerposten verlasse. Der Blok wolle aus gewissen Gründen von einem förmlichen Misstrauensvotum Abstand nehmen, er hoffe jedoch, daß man diesen deutschen Wink verstehen werde. Miljukow bezweifelte weiter, daß Trepow imstande sein werde, die feierlichen Versprechungen über Konstantinopel und die Meerengen einzulösen. Das Volk, das nichts jehtlicher wünsche, als daß endlich das russische Banner von den Türmen Stambuls wehe, habe nicht das Vertrauen, daß die gegenwärtige Regierung dieses Versprechen wirklich einlösen werde.

Trepow antwortete darauf in ziemlich scharfer Form, daß der Dumablok stark irre, wenn er der Ueberzeugung sei, daß die letzten Maßnahmen innerhalb des Kabinetts und die Programmrede des Ministerpräsidenten eine Konzession gegen die Dumamehrheit bedeute. Die Regierung kenne ihren Weg und wisse ganz genau, wie sie ihn zu verfolgen habe. (Großer Lärm bei den Radikalen und den Blokparteien.) Die Regierung müsse es absehen, den politischen Bahnen des Herrn Miljukow zu folgen, da ihr nicht unbekannt sei, welche Sonderziele diese Bahnen verfolgen. (Erneuter großer Lärm.)

Diesem Vorgang in der Duma ist nun ein entscheidender im Reichsrat gefolgt. Dieser ist in offene Opposition zur Regierung getreten, indem er mit Fünftelstimmmehrheit folgende Entschloßung annahm: Da der jetzige historische Augenblick in Rußland die Anstrengung aller Kräfte zum endgültigen Sieg braucht und die Zusammenarbeit der gesetzgebenden Häuser mit der Regierung nötig ist, fordern wir die Entlassung der unverantwortlichen Personen aus dem Staatsdienst und den Zusammentritt einer arbeitsfähigen Regierung, die ein einheitliches Programm und das Vertrauen des Landes besitzt, damit sie mit den gesetzgebenden Körperschaften zusammenarbeiten kann.

Von den Kriegsschauplätzen. Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Secresbericht vom 15. Dezember: Nach Artillerievorbereitung, die mehrere Tage dauerte, griffen wir den Feind nördlich von Doumont zwischen der Maas und Woivre auf mehr als 10 Kilometer langer Front an. Die Front des Feindes wurde auf einer Tiefe von 3 Kilometern eingedrückt. Außer zahlreichen Schützengraben und den Ortlichkeiten Bacherawille, Louvemont und der Ferme-Chambrettes sowie dem Werke Harbaumont wurde Besondere genommen. Wir machten eine große Zahl Gefangene, die noch nicht genau gezählt ist. Bisher sind 7500 Gefangene, darunter 200 Offiziere, durch das Ständquartier gekommen. Wir haben viele schwere Geschütze und Feldgeschütze, Schützengrabenkanonen und ansehnliches Material, teils erbeutet, teils zerstört. Trotz des ungünstigen Wetters nahm das Singweien einen trefflichen Anteil an dem Kampf. Der Erfolg ist ein vollständiger, die Truppen zeigten lebhafteste Begeisterung. Unsere Verluste sind leicht. Vom 16. Dezember: Auf dem rechten Maas-Ufer machten unsere Truppen bei Ausbaub ihres Erfolges Fortschritte im Walde von Cantieres und nahmen das Dorf Bezonvaux. Gestern Abend wurde ein heftiger deutscher Angriff auf die Stellungen am Pfeffer-Rücken glatt abgewiesen. Wir bewahrten unsere Front unverletzt. Der Zustrom an Gefangenen dauert an. Die Zahl übersteigt gegenwärtig 9000, darunter 250 Offiziere. Eine abschließende Zählung des in unsere Hände gefallen Materials konnte noch nicht gemacht werden. Immerhin wurden bisher 81 eroberte oder zerstörte Geschütze gezählt. Auf der übrigen Front das gewöhnliche Geschützfeuer.

Zur Transportfrage in Frankreich. Laut Mitteilungen aus Paris hat die Mittelmeerbahn beschlossen, wegen der Transportkrise sieben Personenzüge einzustellen. Ein Grund für den Mangel an Eisenbahnwagen ist die starke Inanspruchnahme des französischen Wagenmaterials durch die englischen Truppen. Die englische Regierung hat sich nunmehr auf Drängen der französischen Verwaltung verpflichtet, dem Wagenpark der englischen Bahngesellschaften 10 000 Wagen zu entnehmen und sie nach Frankreich zu schaffen. Weitere 10 000 Wagen sind für die ersten Monate 1917 versprochen worden. Auch Lokomotiven hat die englische Regierung zu liefern zugelagt. In der Schweiz hofft man, daß dies dazu beitragen wird, den Warentransport nach der Schweiz einigermaßen zu erleichtern.

Gegen England.

Was die Engländer melden. Bericht von der Westfront vom 15. Dezember. Der Feind verjagte einen Nachdruckgriff nach Lesboeufs, wurde aber durch unsere Artillerie niedergeworfen. Wir drangen in die feindlichen Gräben südlich von Armentieres und östlich von Hieracrat ein. Eine starke feindliche Erkundungsabteilung erlitt bei einem Versuch, südlich von St. Eloi in unsere Gräben zu bringen, schwere Verluste. Im übrigen Artillerietätigkeit auf beiden Seiten.

Bericht aus Ostafrika vom 15. Dezember. Seit dem 5. Dezember sind bei Rubata, in den Matambi-Bergen und südlich des Kutji-Deltas Kämpfe im Gange. Eine starke deutsche Abteilung griff wiederholt unsere Vortruppen, die diese Stellung halten, an. Alle Angriffe wurden abgeschlagen.

Theater und Musik.

In Stadttheater gelangte gestern abend erstmalig in dieser Spielzeit Offenbachs schöne und geistvolle phantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen“ zur Aufführung.

Neueste Nachrichten.

Stockholm. Aus Haparanda wird von einem blutigen Zusammenstoß zwischen Finnländern und russischem Militär berichtet. Die russische Geheimpolizei erhielt die Nachricht von einer dort geplanten großen Volksversammlung gegen die Fortleitung des Krieges und entsandte ein größeres Polizei- und Militär-Kontingent.

Der Tod und Verwundete gab und das Militär in die Front geschlagen wurde. Aus Uleaborg ist ein größeres Aufgebot von Infanterie und Kosaken abgegangen.

Friedland. Schrecklicher Unglücksfall. Ueberfahren wurde bei Sophienhof durch die Mecklenburgisch-Pommersche Eisenbahn die 70jährige Sigenerin Weib; sie wurden beide Beine und der linke Arm abgefahren. Sie starb mit vollem Bewußtsein im Lazarett Sophienhof.

Schleswig. In Kohlenlager verunglückt gestorben. Die Eheleute Lange in Wismitzschholz waren an Kohlenoxydgas erkrankt, weil sie den Ofen vorzeitig geschlossen hatten. Nun ist der Ehemann, ohne die Befestigung wiedererlangt zu haben, gestorben. Für die Rettung der Frau Lange ist noch Hoffnung vorhanden.

Glücksfall. Zwei Menschen vom Zuge gerammt. Beim Einlaufen des Viehbohr Zuges in den hiesigen Bahnhof war die Schranke an der Krenperstraße, der Hauptverkehrsstraße, verhängnisvoll nicht geschlossen worden. Zwei Straßenkinder, die eine Straße überqueren, wurden vom heranbrausenden Zuge erfasst, der eine von der Stelle getötet, der andere schwer verletzt.

Bremenhafen. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf den Anlagen des Kohlen- und Holzwerkes „Hansa“. Der Arbeiter, 45 Jahre alt, Kranführer Werne aus Lehe war mit einem Motor auf der 18 Meter hohen Verladebühne mit dem Auswechsell eines Zahnrades beschäftigt. Auf noch nicht aufgesteckte Welle geriet plötzlich das Triebwerk in Gang, W. stürzte ab und fiel zwischen zwei Seilstrahlen, die ihn sofort töteten.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Auforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Hierzu gibt das General-Kommando bekannt: Es werden hilfsdienstfähige Personen aus Lübeck und Umgegend gesucht für folgende Dienstzweige in Lübeck:

- 1. Für Garnisonwachdienst.
2. Für militärischen Arbeitsdienst (Dienst in Kammern und Küchen der Truppen, Sandwerkstätten, Waffenmeistereien, Bäckereien, Kranendienst, Artillerie- und Traindepots, Transport- und Ertragmagazine und Sammelstationen).
3. Für Bureaudienst, gewöhnliche Schreiber, Maschinen- und Schreibmaschinen, Personal für Druckereien.
4. Für Ordnungs- und Botendienst.
5. Für Burschendienst.
6. Für Bahn- und Brückenbau. In diesem Dienst sollen sich in erster Linie gediente Leute (angehörig von Kriegerverbänden und Schützengesellschaften) melden.
7. Für Garnison-Verwaltungsdienst.
8. Für Proviantamtsdienst.
9. Für Dienst der Garnison-Schlachtereien und in der Kanjensfabrik.
10. Für Lazarett-Verwaltungsdienst.
11. Für Militärbaudienst.

Meldungen sind vom 19. Dezember bis zum 22. Dezember 1916, vormittags von 9-1 Uhr u. nachmittags von 5-7 Uhr in Lübeck beim Garnison-Kommando, Fleischhauerstraße 20, II.

Zugerechnet auf gedruckte Formulare, die an vorgenannter Stelle abgeholt werden können. Für vollständig abgesetzte Meldungen können Berücksichtigung finden. Die Meldestellen werden auf Wunsch bei Ausfüllung der Formulare behilflich sein.

Dieserjenige Bewerber, die auf Grund ihrer Meldungen zum vaterländischen Hilfsdienst eingesetzt werden sollen, erhalten eine Auforderung zur Beschickung von Anstellungsunterlagen, der Inhaltlich Folge zu leisten ist. Personen, deren Dienste zurzeit nicht benötigt werden, erhalten keinen Befehl und werden für weitere Verwendung vorgemerkt.

In den Anstellungsunterlagen werden die näheren Bestimmungen über Arbeitszeit, Entlohnung, Versorgung des Angehörigen usw. angelegt werden.

Es dürfen sich auf diese Auforderung nur solche Personen melden, die zum 1. Januar 1917 den Dienst anreten können. Die durch bestehende Verträge ohne Einhaltung der Kündigungsfrist zu lösen, steht auf Grund dieser Auforderung Angestellten nicht zu.

Der stellvertretende kommandierende General v. Falk, General der Infanterie.

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Bier.

Auf Grund der Verordnung über Bier vom 12. August 1916 wird hiermit anzuzeigen:

Die Gültigkeitsdauer des Abkommens B der Biersteuer wird bis zum 31. Dezember 1916 verlängert. Es darf auf ihn in dieser Zeit nicht mehr als 1 Ct abgesetzt und entnommen werden. Der Abtritt darf nur von dem Verleiher abgenommen werden. Die Verletzung des § 3 Abs. 1 der erwähnten Verordnung bezüglich des Verkehrs mit Bier vom 12. August 1916 ist streng zu beachten.

Das Polizeiamt, Lübeck, den 11. September 1916.

Ernährungsausschuss.

Gänse

anzuziegt, Pfund Mk. 3.75.

Küchen und Hühner

Pfund Mk. 2.50.

Am Mittwoch, dem 20., Sonnabend, dem 23., Sonntag, dem 24. ds. Mts., von 11-4 Uhr in der Markthalle.

Am Freitag, dem 22. ds. Mts., von 11-4 Uhr in der Markthalle.

Arbeitsstunden werden am Tage vorher vorabends zwischen 10 und 1 Uhr in der Markthalle aufgegeben.

Das Schafstier zu verk. ... Karl zu pachten gesucht, ... J. Klüwer, ...

Werkzeuge für den Hausbedarf ... Laubsäge- und Kerbschnitt-Arbeiten. Elektrische Taschenlampen. Tischmesser, Taschenmesser. Schlittschuhe. Schlitten. Christbaumständer. J. F. B. Grube, am Markt.

Feldpostbriefe 5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg. Feldpostkarten 10 Stück 10 Pfennig hält vorrätig Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Stutz-Pferdehaare Pfd. 4.60-5.50 Mk. Hausstandslampen Pfd. 10 Pfg. Knochen Pfd. 5 Pfg. Keine Nissen- u. Mähnenhaare Pfd. 3.00-3.30 Hasen- u. Kaninchenfelle Lissauer, St. Ehrenrich 8. 6418

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg. e. G. m. b. H. Achtung Mitglieder in Mölln! In der Zeit vom 21. bis 23. Dezember liegt in unserer Warenabgabestelle in Mölln die vorgeschriebene Kundenliste aus. Mitglieder, die sich in diese Liste eintragen lassen, können später bei uns die von dem Kommunalverband zur Verteilung gelangenden Waren, wie Graupen, Grützte, Haferflocken, Griess, Nudeln, Marmelade und ähnliche erhalten.

Das Grundübel. Separatabdruck von fünf Artikeln aus der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ in der sie im Monat Juli 1916 erschienen sind. Von A. Gerisch. Preis 15 Pfg. Zu haben: Buchhandl. Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Hansa-Theater. Anfang 8 Uhr. Dienstag, den 19. Dezember. Zum letzten Male: Tagebuch einer Verlorenen. Mittwoch, 20., Donnerstag, 21. Dezember: (6415) Wenn die Soldaten durch die Stadt marschieren. Vorvk. Zigg. Sager, Kohlmarkt, u. a. d. Theaterk. 10-1 u. ab 6 Uhr.

Taschen-Atlas der Kriegsschauplätze. 18 Teilkarten und 2 Uebersichtskarten von England, Belgien, Frankreich, Russland, Gallizien, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Albanien, Italien, Türkei und Aegypten. Preis 25 Pfg. Zu haben bei: Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Stadttheater. Dienstag, den 19. Dezbr. 1916 Zum letzten Male: Tiefland. Oper von E. d'Albert. Mittwoch, 20. Dezember 1916 Das Dreimäderlhaus Operette v. Willner u. Reichert. Musik von Fr. Schubert. Donnerstag, d. 21. Dezbr. 1916 Romeo und Julia. Schauspiel v. W. Shakespeare. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Die Volksabstimmung in Dänemark.

Kopenhagen, 15. Dezember.
Gestern fand in ganz Dänemark die vielbesprochene Volksabstimmung über den Verkauf der dänischen Inseln an die amerikanischen Räfte an die Vereinigten Staaten statt. Diese Angelegenheit hat in unserem kleinen Lande schon ungeheuer viel Aufregung verursacht. Die von der Abstimmung von Befürwortern und Gegnern des Verkaufs angewandten Agitationsmittel waren derart, wie man sie noch bei keiner Wahl beobachtet konnte. Nach dem soeben gemeldeten Ergebnis ist die Entscheidung in der von den Sozialdemokraten und Radikalen gewünschten Richtung gefallen. Zum ersten Male erfolgte die Abstimmung nach den Bestimmungen der neuen Verfassung, sodass jeder Staatsbürger: Mann und Frau, daran teilnehmen konnte, sofern sie am Tage der Abstimmung 29 Jahre alt waren.

Die Vorgeschichte dieser Krise wirft ein grelles Licht auf die Machenschaften der mächtigsten Konservativen. In einer Zeit, wo das radikale Ministerium alle daran setzte, durch strengste Neutralität das kleine Land vor den Schrecken des Krieges zu bewahren, nahmen die konservativen, patriotischen Kreise Gerüchte über die Verkaufshandlungen zum Anlass, alles daran zu setzen, um das Ministerium zu stürzen, wodurch die Sicherheit des Landes im höchsten Grade gefährdet worden wäre. Der Finanzminister Brandes und der Minister des Auswärtigen Scaevinius (früher Gesandter in Berlin) hatten auf Anträgen dänischer Zeitungen die Verhandlungen abgelehnt, weil die amerikanische Regierung eine Veröffentlichung des Vertrags vor der Zustimmung ihres Kongresses und der dänischen Reichstage für unerwünscht hielt. Aus diesen „Lügen“ der Minister sollte nun eine moralische Entrüstung des Volkes geschaffen werden.

Auch operierte man damit, daß dänisches Land nicht abgetreten werden dürfe. Daß dieselben Kreise, als sie Regierungsparteien waren, mehrmals die Inseln an Amerika verkauft hätten, und noch dazu für eine viel geringere Summe als die jetzt in Frage kommenden 94 Millionen Kronen, schienen sie gänzlich vergessen zu haben. Auch ließen die Konservativen außer acht, daß die Bevölkerung der drei Inseln, die unter wirtschaftlichen Umständen sehr zu leiden hätten, wobei es mehrmals zu Unruhen gekommen sein soll, die Anlehnung an Amerika sehr wohl wünschen, und daß Dänemark für die Inseln nur große Ausgaben machte, ohne entsprechende Vorteile gehabt zu haben, oder je erzielen zu können.

Als die von den Konservativen und der Linken geschaffene Krise gefährliche Formen anzunehmen drohte, griff der König beschwichtigend ein, um auch damit in der Krisenzeit Neuwahlen zum Folkething zu verhindern. Die Erregung stieg dabei im Lande und besonders in der Hauptstadt von Tag zu Tag, sodass die Kriegserregnisse gänzlich in den Hintergrund gedrängt wurden. Alles drehte sich um „neue Wahlen“ oder „keine Wahlen“, um Sein oder Nichtsein des Ministeriums. Inzwischen arbeitete der vom außerordentlichen Reichstage ernannte Ausschuss auf eine Lösung hin, besonders die Sozialdemokraten und Radikalen, die zusammen die Mehrheit des Folkethings darstellen — um das Land vor Abenteuern zu bewahren. Dann kamen die für die ganze skandinavische Sozialdemokratie — so denkwürdigen Notberats, wo der in größter Eile einberufene Parteitag über das eventuelle Eintreten eines Sozialdemokraten in das Ministerium zu entscheiden hatte. Mit überwältigender Mehrheit (mit 293 gegen 32 Stimmen) stimmte der Parteitag einem Antrag der Reichstagsgruppe bei, Gen. Stauning als ersten Arbeiterminister in die Regierung eintreten zu lassen. Von den Konservativen und Linken traten ebenfalls je ein Führer ohne Parteifläche in das Ministerium ein. — Hiernach wurde eine aus Mitgliedern aller Fraktionen bestehende Kommission ernannt, die sich mit der Inselfrage beschäftigen sollte. Mit allen Stimmen gegen die Konservativen beschloß die Kommission, die Frage durch die jetzt erfolgte Volksabstimmung zu entscheiden.

Gewerkschaftliche Maßnahmen zur Durchführung des Hilfsdienstgesetzes.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst sieht in den §§ 7 und 9 Ausschüsse vor, in denen Vertreter der Arbeiter und Angestellten Sitz und Stimme erhalten sollen. Der nach § 7 einzusetzende Ausschuss hat die Aufgabe, die Hilfsdienstpflichtigen dann, wenn sie der öffentlichen Aufforderung, sich zur Arbeit zu melden, nicht nachkommen, durch schriftliche Aufforderung dazu zu veranlassen. Der nach § 9 einzusetzende Ausschuss hat darüber zu

entscheiden, ob dem Hilfsdienstpflichtigen, der seine Arbeitsstelle wechseln will, von dem Unternehmer die hierfür erforderliche Befreiung (Kriegsurlaub oder Abkehrschein) auszustellen ist. Er hat außerdem Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, die nicht durch den Arbeiterausschuss eines Betriebes, der nach § 13 des Gesetzes einzusetzen ist, ihre Erledigung finden, zu schlichten oder diese Streitigkeiten durch einen Schiedspruch zu entscheiden. Nach dem Gesetz soll in der Regel in jedem Bezirk einer Ersatzkommission, je ein Ausschuss errichtet werden. Diese Errichtung des Gesetzes in vollem Umfange durchzuführen, wird nicht immer möglich sein, da wir mehr als tausend Ersatzkommissionen haben. Es dürfte einwieweil genügen, daß zunächst ein Ausschuss nur für den Bezirk eines Bezirkskommandos eingesetzt wird. Nach sich später für irgend einen Bezirk einer Ersatzkommission noch ein Ausschuss erforderlich, so kann das dann nachgeholt werden.

Es macht sich deshalb zunächst notwendig, die Ausschussleiter und ihre Ersatzmänner für den jeweiligen Bezirk eines Bezirkskommandos zu ernennen. In beiden Ausschüssen sollen je zwei ständige Vertreter der Arbeiter vorhanden sein. In dem Ausschuss nach § 9 tritt außerdem noch ein unständiges Mitglied als Vertreter der Arbeiter hinzu, der jeweilig aus dem Berufe zu bestimmen ist, aus welchem ein Streitfall zur Entscheidung vorliegt.

Die schon auf der Konferenz zusammengetretenen Gewerkschaften und Angestelltenverbände, nämlich die freien, die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die polnische Berufsvereinerung, die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht und die Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände sind sich daher übereingekommen, gemeinsame Vorschlagslisten für die in den Ausschüssen zu ernennenden Personen dem Kriegsamt einzureichen. Die Aufstellung dieser Listen soll in Konferenzen, die für jeden Bezirk eines Armeekorps einzuberufen sind, erfolgen. In diesen Konferenzen sind Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen aus den Orten heranzuziehen, an denen ein Bezirkskommando seinen Sitz hat. Die Einberufung und Leitung dieser Konferenzen erfolgt durch eine Vertrauensmännerkommission, zu der jede der beteiligten Organisationsgruppen einen Vertreter stellt. Diese Konferenzen sollten, wenn irgend möglich, schon für Sonntag, den 17. Dezember, einberufen werden. Die Vorschlagslisten für die Besetzung der Ausschüsse sollen dem Kriegsamt bis zum 23. Dezember eingereicht sein. Sie müssen, weil eine endgültige Befreiung über die Vorschläge in einer Sitzung der Zentralkommission der beteiligten Organisationen erfolgen muß, am 21. Dezember eingelangt werden. In diesen Konferenzen für den Bezirk eines Bezirkskommandos soll die Vertrauensmännerkommission vollständig vertreten sein. Jeder Vertreter in der Vertrauensmännerkommission hat die Einladungen zur Konferenz für seine Organisation ergeben zu lassen.

Das Kriegsamt beabsichtigt, beide nach § 7 und 9 des Gesetzes zu wählenden Ausschüsse mit denselben Personen zu besetzen. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben sich diesem Vorschlag des Kriegsamts in Rücksicht auf den gegenwärtigen starken Mangel an für diesen Zweck geeigneten Personen angeschlossen. Es würde deshalb in den Konferenzen, denen die Ernennung von Ausschussmitgliedern obliegt, für beide Ausschüsse nur zwei ständige Mitglieder und zwei Ersatzmänner zu bestimmen sein. Bei der Ernennung der Vertreter und der Ersatzmänner ist weniger auf die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Beruf oder einer bestimmten Organisationsgruppe Rücksicht zu nehmen, sondern vielmehr darauf, daß die Stellen mit tüchtigen Kräften besetzt werden, da bei der Entscheidung über Angelegenheiten eines besonderen Berufes von dem Ausschuss stets ein Vertreter des in Frage kommenden Berufes als unständiges Mitglied hinzugezogen wird, sodas damit eine sachkundige Vertretung gesichert ist. Mit den Angestelltenverbänden ist eine Verständigung dahin erfolgt, daß von ihnen nur Ersatzmänner gestellt werden, und zwar am Sitze eines Korpskommandos oder an sonstigen für die Angestellten wichtigen Orten. Die Ausschussmitglieder sind daher aus den gewerkschaftlichen Organisationen: den gewerkschaftlichen Zentralverbänden, den christlichen Gewerkschaften, den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der polnischen Berufsvereinerung zu ernennen. Ebenso auch die Ersatzmänner. Notwendig ist, daß die Ausschussmitglieder in dem Bereich des jeweiligen Korpskommandosbezirks wohnen, in dem der Ausschuss seinen Sitz hat. In der Regel wird das der Ort des Bezirkskommandos, jedoch soll dies nicht unbedingt erforderlich sein. Es soll eventuell der Ort im Bereiche eines Bezirkskommandos gewählt werden, der die größere wirtschaftliche Bedeutung hat. Die Ernennung der unständigen Mitglieder nach § 9 wird auf der Konferenz nicht erfolgen können;

weil diese stets aus den Berufen entnommen werden sollen, in denen der Streit entstanden ist. Auch über die Wahl der Arbeiterausschüsse werden die Konferenzen verhandeln müssen. Es soll versucht werden, ebenso wie bei der Aufstellung der Vorschlagslisten für die Ausschussmitglieder, eine Verständigung über die Wahl der Arbeiterausschüsse herbeizuführen. Die Vertrauensmännerkommissionen sollen für die Dauer des Gesetzes fortbestehen; sie sollen eine ständige Verbindung zwischen den Gewerkschaften und den Angestelltenverbänden unterhalten. Die hier skizzierten Richtlinien für die Wahlen zu den Ausschüssen sind gelegentlich der am Dienstag stattgefundenen Konferenz der Gewerkschaften in einer Vorkonferenz besprochen worden. Auf dieser Konferenz wurden die Vertrauensmännerkommissionen schon eingesetzt, und durch Zirkular sind den Vertrauensmännerkommissionen diese Richtlinien von den Zentralen der Gewerkschaftsverbände zugegangen. Sie dürften auch für die Definitivität und für die Arbeiter im allgemeinen Interesse haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Gemeinheit.

Su sonst ganz verständigen Ausführungen über die Schwierigkeiten der ländlichen Kartoffelauflage, die sehr unter Diebstählen zu leiden hat, bringt die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ auch folgende Sätze: „Dieses Handwerk (der Spigublen) nährt seinen Mann viel besser als fleißige Arbeit. Kriegsunterstützung und 1 bis 2 Stunden nächtliche Kartoffelmietenplünderung bringen mehr ein und lassen die Neigung zu verblödeter Arbeit schwinden.“ — Was werden wohl die Krieger, die Leben und Gesundheit auch für diese Sorte Menschen in die Schanze schlagen müssen, zu einer solchen Gemeinheit sagen? Hoffentlich werden sie sich für später merken, wie das maßgebende Organ des Bundes der Landwirte ihre Frauen einschält.

Gründe des Eiermangels.

Das „badische landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt“ stellt es als traurige Tatsache fest, daß in Baden „einzelne reine Landbezirke überhaupt noch kein Stück Ei abgeliert haben.“ Es knüpft daran die Bemerkung, daß dem größten Notstande etwa begegnet werden könnte, wenn sämtliche 1500 Gemeinden in Baden wenigstens je eine Eierabliefern würden, wie die Geflügelhalter, die den etwa 40 badischen Eierablagengemeinschaften angehören. — Man sieht, daß solchem Egoismus gegenüber selbst die unerhörte hohe Anreizprämie nichts helfen. Man sieht aber auch, daß es ohne einen gewissen Zwang nicht geht. Statt daß man um Eier für unsere Lazarette bestellt geht, sollte man solchen Landwirten ihre gelammten Futtermittel beschlagnahmen. Das würde sie bald mürbe machen!

Frauen als Gerichtsschreiber.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Bundesrats über die Verwendung weiblicher Hilfskräfte im Gerichtsschreiberdienste. Danach kann die einstweilige Wahrnehmung von Amtsgeheimnissen der Gerichtsschreiber Frauen übertragen werden. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkräftetrens.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

W.B. Großes Hauptquartier, 17. Dezbr. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Bei Hannes camps, nördlich der Ancre, versuchten englische Abteilungen unter dem Schutze starken Feuers in unsere Gräben zu dringen; sie sind blutig zurückgewiesen worden.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dokojewskij.

48. Fortsetzung.

„Was ist das, Onkelchen, Journal?“ fragte der andere, welcher bei dem „Onkelchen“ in der Lehre sein mochte.
„Nun, ein Journal, mein Junge, das sind jene gemalten Abteilungen, welche jeden Sonnabend an unsre Schneider mit der Post vom Auslande hergeschickt werden, und welche anzeigen, wie sich ein jeder zu kleiden hat, sowohl beim männlichen Geschlecht, wie bei dem weiblichen. Es sind Muster, heißt das. Der männliche Schnitt ist jetzt mehr nach Pelzform, für den weiblichen gibt es aber Vorschriften, daß man sich keine Vorstellung davon machen kann.“

„Gut, was gibt es nicht alles in diesem erschrecklichen Petersburg!“ rief der jüngere aus.

Rastolnikow trat jetzt in den zweiten Raum, in welchem vor dem der Kästen, das Bett und die Kommode, gestanden hatte; derselbe erschien ihm jetzt, ohne Möbel, außerordentlich klein. Die Tapeten waren hier noch dieselben, in einer Ecke zeichnete sich ein scharf hervortretender Fleck ab, wo der Schein mit den Heiligenbildern gestanden hatte. Er wandte sich und ging an das Fenster. Der ältere Arbeiter begann ihn jetzt mit Seitenblicken zu beobachten.

„Wollt Ihr etwas?“ fragte er endlich, sich an Rastolnikow wendend.

Anstatt zu antworten, stand dieser auf, ging nach dem Vorraum, ergriff die Schelle und läutete. Es war noch die nächtliche Schelle; derselbe blecherne Klang. Er zog nochmals, dann zum drittenmal; er läutete und sann. Jenes alte, einseitig quälende, unbefriedigte Gefühl begann sich klarer und lebhafter in ihm zu erheben, er schauderte bei jedem Läuten, und doch verurteilte ihn dies immer mehr Reiz.

„Was wollt Ihr denn? Wer seid Ihr?“ rief der Arbeiter zu Rastolnikow tretend, welcher sich wiederum zur Tür hereinbegab.

„Ich will dies Quartier mieten“, antwortete er jenem, „und sehe es mir daher an.“

„Eine Wohnung mietet man nicht bei Nacht, und übrigens müßt Ihr da zum Hausmann gehen!“

„Sagt Ihr den Fußboden abgewaschen; Ihr wollt ihn wohl streichen?“ fuhr Rastolnikow fort, „bleibt kein Blut mehr daran?“

„Was für Blut?“

„Nun, die Alte mit ihrer Schwester ist doch hier umgebracht worden; eine ganze Pfütze Blutes lag hier.“

„Was seid Ihr denn für ein seltsamer Mensch?“ schrie der Arbeiter, dem es unheimlich zumute ward.

„Ja, Ihr!“

„Weshalb möchtest du denn das wissen? Komm mit auf das Polizeibureau, da will ich dir es sagen.“

Die Arbeiter schauten ihn fassungslos an.

„Wir müssen nun gehen, es ist Zeit. Komm, Afrosjka, wir wollen hier zurückgehen“, sagte der ältere derselben.

„Wohin gehen wir?“ bemerkte Rastolnikow gleichmütig und ging voraus, die Stiege hinab.

„Se, Hausmann“, rief er, an dem Haustor angelangt.

Während am Eingang von der Straße in das Haus standen mehrere Leute, welche die Vorübergehenden musterten, es waren die beiden Hausmänner, ein Weib, ein Bürger im Hausrock und noch andere Personen. Rastolnikow schritt auf sie zu.

„Was wünschet Ihr?“ wandte sich einer der Hausmänner an ihn.

„Bist du auf dem Polizeibureau gewesen?“

„Soeben! Was wollt Ihr denn?“

„Ist geöffnet dort?“

„Jawohl!“

„Auch der Viertelrentner anwesend?“

„Einige Zeit, aber was gibt es denn?“

Rastolnikow antwortet nicht und stand nachdenkend bei der Gruppe.

„Er kam, um sich die Wohnung zu ansehen“, nahm herantretend der ältere Arbeiter das Wort.

„Weshalb denn?“

„Nun, die, in der wir arbeiten. Weshalb“, sagte er zu uns, „hast du das Blut abgewaschen? Hier hat sich ein Mord ereignet, ich aber will die Wohnung mieten.“ Dann hat er an der Schelle gezogen und sie beinahe abgerissen. Wir wollen in das Bureau gehen, hat er gesagt, dort will ich Euch alles sagen, er hat sich uns aufgedrängt.“

Der Hausmann musterte Rastolnikow mit misstrauischem und finsternem Blick.

„Wer seid Ihr denn?“

„Ich bin Rodion Romanowitsch Rastolnikow, früher Student und wohne im Hause Schills in der nächsten Seitenstraße, unweit von hier im Quartier Nr. 14, frage beim Hausmann an, er kennt mich.“ Rastolnikow sprach langsam, nachlässig und wie in Gedanken verloren, ohne sich an jemand zu wenden, und starr hinaus auf die Straße blickend.

„Wozu seid Ihr denn in die Wohnung gegangen?“

„Sie anzusehen!“

„Warum?“

„Nehmt ihn doch mit und bringt ihn auf die Polizei!“ mengte sich jetzt der Bürger ein und schwegte dann.

Rastolnikow hatte über die Schulter einen Blick auf ihn gerichtet; er sah jenen aufmerksam an, und sagte dann leise und trüg:

„Kommt mit!“

„Ja, verhaftet ihn!“ rief wieder der Bürger, „weshalb laßt er dort hinausgehen, was kann er im Schilde führen?“

„Ob der betrunken ist, oder nicht? Gott mag's wissen“, brummte der Arbeitsmann.

„Aber was wollt Ihr denn eigentlich!“ schrie jetzt der Hausmann, ernstlich in Zorn geratend, Rastolnikow an, „wozu bist du denn gekommen?“

„Fürchtest du dich mich ins Polizeibureau zu bringen?“ versetzte dieser lächelnd.

„Was fürchten! Was du hier machst, frage ich!“

„Kaule Eier!“ rief das Weib.

„Weshalb noch lange schwätzen mit ihm“, nahm der andere Hausmann, eine baumstärke Gestalt, mit vorn offenkundigem Jäck und Schläffeln am Gürtel, das Wort. „Vorwärts! hinaus, Bummler, fort mit dir!“

Er ergriff Rastolnikow an den Schultern und warf ihn auf die Straße hinaus; dieser stolperte und wäre beinahe gefallen; er richtete sich empor, warf schweigend einen Blick auf die Dasbeistehenden, und ging seines Weges.

„Ein unheimlicher Mensch“, sagte der Arbeiter.

„Die Menschheit wird jetzt seltsam“, betrauerte das Weib.

„Ihr hättet ihn auf die Polizei führen müssen!“ rief der Bürger.

„Ach, was soll ich mich da einmischen“, meinte der große Hausmann, „das ist ein Landstreicher, er mag selbst darnach gehen; ich weiß, hat man sich erst in so etwas eingelassen, so kommt man von den Placereien nicht wieder los. Wir kennen das schon!“

„Soll ich hingehen oder nicht?“ überlegte Rastolnikow, mitten auf dem Straßenpflaster stehend und sich im Kreise umschauend, gleich als warte er darauf von jemand das entscheidende Wort zu hören. Aber nichts antwortete ihm, alles war öde und tot, wie die Steine, auf denen er stand, für ihn tot, für ihn allein. Wüthlich gewachte er etwa zweihundert Schritte entfernt, am Ende der Gasse, in der dichten Finsternis einen Hausen von Menschen, er hörte Gespräch und Gescher; mitten in dem Hausen stand eine Equipage, ein Licht leuchtete dazwischen.

„Was ist das?“ Rastolnikow wandte sich geradenwegs nach der Equipage hin; er klammerte sich an alles, und lächelte doch fast, als er bedachte, wie fest er sich für den Gang zum Polizeibureau entschieden hatte und wie genau er mußte, daß mit diesem alles zu Ende sein werde. (Fortsetzung folgt.)

